

2. Forum

Lennart Lüpke

Revolutionsgeschichte in der Erweiterung

Konferenz- und Forschungsbericht: „Revolution und Arbeiterbewegung 1918–1920“. Wissenschaftliche Tagung des Instituts für soziale Bewegungen in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Bochum, 29.–31. Januar 2009

Die deutsche Revolution war seit den 1950er Jahren und bis in die 1980er Jahre zu einem breit gefächerten Untersuchungsfeld der Zeitgeschichtsforschung geworden. Die Frage der Interpretation und Deutung des Ereigniskomplexes zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik stand im Mittelpunkt kontroverser Fachdebatten. Wer als Historiker auf dem Gebiet der Zeitgeschichtsforschung oder der Sozial- und Arbeitergeschichtsforschung Deutungskompetenz beanspruchte – so ist man geneigt zu konstatieren – steuerte einen Beitrag zur Debatte über Ursachen, Chancen und Grenzen der Revolution 1918–1920 bei.¹ Und obgleich die Revolution als eine der wichtigsten Wegmarken der neueren und neuesten deutschen Geschichte gilt, ist ihr seit den 1980er Jahren nur noch ein mäßiges Interesse entgegengebracht worden.

Das spiegelt unverkennbar übergreifende geschichtswissenschaftliche Konjunkturen wider. Die westdeutsche Revolutionsgeschichtsforschung hatte mit den Studien von Eberhard Kolb über die „Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–19“ aus dem Jahr 1962 und von Peter von Oertzen über die „Betriebsräte in der Novemberrevolution“ von 1963 an Fahrt aufgenommen. Sie war wissenschaftspolitisch und thematisch-inhaltlich – in zuneh-

1 Der Aufschwung der Revolutionsgeschichtsschreibung kann beispielhaft anhand der Beiträge aus dem Zeitraum zwischen den 1960er und 80er Jahren nachvollzogen werden, die eine (Zwischen-)Bilanz der Forschung enthalten. Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918, Wiesbaden 1968; Helga Grebing: Konservative Republik oder soziale Demokratie, in: Eberhard Kolb (Hg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 386–403; Wolfgang J. Mommsen: Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: GG 4 (1978), S. 362–391; Reinhard Rürup: Demokratische Revolution und „dritter Weg“. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: GG 9 (1983), S. 278–301. Darüber hinausgehend siehe die von Klaus Tenfelde, Eberhard Kolb und Andreas Wirsching vorgelegten Forschungs- und Literaturberichte. Klaus Tenfelde: Massenbewegungen und Revolution in Deutschland 1917–1923. Ein Forschungsüberblick, in: Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner: Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen, Wien/Köln 1991, S. 9–15; Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik, 6. Aufl., München 2002; Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, 2. Aufl., München 2008.

menden Maße auch methodisch – Teil der von der Sozialgeschichtsforschung verkörperten historiographischen „Reformbewegung“ gewesen, die in den 1960er und 70er Jahren auf dem Wege der Kritik an der hergebrachten Geschichtswissenschaft und ihrer theoretisch-methodischen Orientierung am Historismus auf eine Modernisierung des Faches abzielte.² Wenn die „Pionierstudien“ der Revolutionsforschung die revolutionären Bewegungen zum Thema der Zeitgeschichte machten, die den Untergang des Deutschen Kaiserreichs vorantrieben und sich jenseits der staatlichen Sphäre im Bereich des Sozialen konstituiert hatten, konturierten sie damit den Übergang von einer fachlich und nicht weniger politisch konservativen Nationalhistoriographie, mit ihrem Interesse an Staatsaktionen unter dem Motto „große Männer machen Geschichte“, zu einer stärker sozialhistorischen Geschichtsforschung, die den Fokus auf gesellschaftliche Grundkonflikte und ihre politischen Implikationen richtet.

In diesem Kontext hatte der Untersuchungsgegenstand insbesondere die Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichtsforschung zu Deutungsversuchen herausgefordert. Die Arbeitergeschichte hatte bekanntlich grundlegende Bedeutung für den Aufschwung der Sozialgeschichte und war angetreten, die Emanzipationsgeschichte der Arbeiter im Industriezeitalter zu entfalten und zu interpretieren.³ Die Revolution 1918–1920, der Zeitpunkt also, an dem die deutsche Arbeiterbewegung scheinbar unvermittelt vom Rande der Gesellschaft des Kaiserreichs ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen geriet und in einem alle vorherigen Erfahrungen sprengenden Maße Verantwortung als gestaltende Kraft übernahm, zog zwangsläufig das Interesse der Arbeiterhistoriker auf sich. Entsprechend hat sich die Revolutionsforschung dort am weitesten ausdifferenziert, wo sie im Zusammenhang der Arbeitergeschichte behandelt wurde. Die empirische Symbiose von Revolutionsforschung und Arbeitergeschichte artikuliert sich schlechthin im ersten Band von Heinrich August Winklers Gesamtdarstellung zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1918–1933.⁴

Seit den 1980er Jahren wurde das Forschungsfeld aber von der allgemeinen Skepsis hinsichtlich der Reichweite und des Innovationspotentials der Sozial- und der Arbeitergeschichte erfasst.⁵ Das Forschungsinteresse wandte sich seither in ungleich geringerem Maße Problemen sozialer Ungleichheit, ökonomischer Bedingungen und politischer Entscheidungsprozesse zu. Verstärkt rückten Mentalitäten, Alltagspraktiken wie auch Diskurse und Sinnzusammenhänge in den Fokus. Die vordem stark politik-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlich ausgerichtete Revolutionsforschung scheint damit den Anschluss an neuere

2 Vgl. Paul Nolte: Historische Sozialwissenschaft, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.): Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 53–68.

3 Vgl. Klaus Tenfelde: Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. IV: Soziale Gruppen in der Geschichte, Göttingen 1987, S. 81.

4 Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.

5 In diesem Sinne auch Reinhard Rürup: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1993, Bonn 1993, S. 17f.

geschichtswissenschaftliche Ansätze wie die neue Kulturgeschichte, die Mentalitätengeschichte, die Geschlechtergeschichte oder die Global- und Transfergeschichte verloren zu haben.

Mit bedingt wurde der relative Bedeutungsverlust der Revolutionsforschung durch weitere wissenschaftsinterne und -externe Faktoren: Die Forschung war etwa in nicht unerheblichem Maße von dem Erkenntnisinteresse vorangetrieben worden, das aus dem Untergang der Weimarer Republik und dem Aufstieg des Nationalsozialismus resultierte. Ausgehend von der Beobachtung, dass die demokratischen Fundamente der ersten deutschen Republik nur sehr schwach gewesen waren und die alten Funktionselemente des Kaiserreichs aus Militär, Verwaltung und Wirtschaft starke Elemente machtpolitischer Kontinuität darstellten, war es nicht nur um die Frage nach den Strukturschwächen der ersten deutschen Demokratie und möglichen Versäumnissen während der Revolutionszeit gegangen, sondern vor allem auch um mögliche politische Alternativen, die der Republik eine solidere Grundlage hätten verschaffen können. Diesen Fragen hatte sich bereits Arthur Rosenberg – unorthodoxer Marxist und zunächst Alt-, dann Sozialhistoriker – in seinem frühen Deutungsentwurf „Die Entstehung der Weimarer Republik“ von 1928 zugewandt. Rosenberg übte Kritik an den Sozialdemokraten und warf ihnen „Halbherzigkeit“ bei der demokratischen Konsolidierung der Republik vor.⁶ Durch die Studien von Kolb, von Oertzen u. a. sollten zentrale Thesen dieses Werkes eine späte Renaissance erfahren. Im Kontext des „Zurücktreten(s) Weimars als historisch-politisches Argument“ (Andreas Wirsching), nicht zuletzt infolge gereifter bundesdeutscher Traditionen und der politischen Veränderungen im Umfeld von 1989/90, ist die Frage nach den Chancen und Grenzen der Demokratisierung Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr in dem Ausmaße Gegenstand kontrovers geführter Fachdebatten, wie sie es noch in den 1960er und 70er Jahren gewesen war.⁷

Zudem bedeutete der Untergang der DDR auch das Ende der Konkurrenz in Bezug auf die Deutung des Revolutionsgeschehens 1918–1920 zwischen DDR-Historiographie und bundesdeutscher Forschung. Ungeachtet der mit der marxistisch-leninistischen Revolutionsdeutung einhergehenden ideologischen Verzerrungen – hatte die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Revolution in der DDR doch primär parteikommunistische Legitimationsbedürfnisse zu bedienen – hatte das Forschungsfeld seine Dynamik nicht zuletzt aus der Polarität von DDR- und BRD-Geschichtswissenschaft bezogen.⁸

6 Arthur Rosenberg: Die Entstehung der deutschen Republik, Berlin 1928 (zusammengefasst mit der Arbeit Geschichte der Deutschen Republik, Karlsbad 1935, neu hg. v. Kurt Kersten u. d. T. Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1955).

7 Wirsching: Weimarer Republik, S. 119.

8 Vgl. Rürup: Revolution von 1918/19, S. 18. Das Revolutionsbild der DDR-Historiographie bewegte sich ganz in dem vom Zentralkomitee der SED 1958 ausgegebenen Interpretationsrahmen und orientierte sich an dem Bemühen, Traditionslinien zur Gründung der KPD zu knüpfen. Die Revolution figurierte demnach als eine im Kern „bürgerliche Revolution“. Für eine durchgreifende „proletarische Revolution“ habe es 1918/19 einer kampfbereiten kommunistischen Partei ermangelt. Vgl. nur Kolb: Weimarer Republik, S. 167–169.

Und schließlich waren in der Forschungsdebatte explizit politische Einflüsse wirksam gewesen, die sich aus dem Umfeld der Studentenbewegung der 1960er Jahre speisten. Die von Studenten und kritischen Intellektuellen angestoßene Diskussion um Alternativen zur parlamentarischen Demokratie, die in der Regel in einem Rätssystem gesehen wurden, habe – so kritisierte Wolfgang J. Mommsen im Jahr 1978 – dazu geführt, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Revolution in den 1960er und 70er Jahren nicht selten der historisch hergeleiteten Selbstvergewisserung des eigenen politischen Standpunktes diene.⁹ Sieht man einmal von dem Umstand ab, dass Revolutionsgeschichtsschreibung per se nicht ganz frei von politischen Erkenntnis- und Erklärungsinteressen ist, dokumentierte sich die Politisierung der Forschungsdebatte insbesondere in der Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Kommunismus und bürgerlicher Demokratie in der Revolutionsgeschichte und der Diskussion um die Vereinbarkeit von Rätssystem und Parlamentarismus, die vollends in eine kontrafaktische Geschichtsschreibung abzudriften drohte.

Vor dem Hintergrund dieser Konjunkturen und Wandlungen strebte die vom Institut für soziale Bewegungen in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung unter dem Titel „Revolution und Arbeiterbewegung 1918–1920“ organisierte Tagung an, die deutsche Revolution wieder auf die historiographische Forschungsaugenda zu setzen. Ziel der Tagung war es, den Untersuchungsgegenstand mit erweitertem Instrumentarium und innovativen Deutungen neu zu profilieren. Des Weiteren sollte der Forschung mit Blick auf das Ruhrgebiet mehr regionalhistorische Tiefenschärfe verliehen werden. Diese Tagungsziele fordern zu einer Bestandsaufnahme der Revolutionsforschung sowie einer anschließenden Gewichtung der Tagungsbeiträge heraus.¹⁰ Im Folgenden wird daher erstens der Versuch unternommen, wichtige Tendenzen und Ergebnisse der bundesdeutschen Revolutionsgeschichtsforschung aus dem Zeitraum zwischen den 1960er und 80er Jahren zu skizzieren. Mit den Forschungen zum Problemkomplex *Rätebewegung und Revolution* einerseits und der *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Revolutionszeit* andererseits geraten dabei zwei recht gut erforschte Gegenstandsbereiche in den Blick. Hieran anknüpfend sollen zweitens die Tagungsbeiträge vorgestellt und eingeordnet werden.

9 Vgl. Mommsen, S. 362.

10 Über die Tagung liegt bereits ein Bericht des Verfassers vor, so dass die einzelnen Vorträge nicht in ihrer ganzen Breite vorgestellt werden. Dass es sich im Folgenden, insbesondere bei den Aussagen zum Forschungsstand, um Verkürzungen und subjektive Bewertungen handelt, versteht sich von selbst. Lennart Lüpke: Revolution und Arbeiterbewegung 1918–1920. Wissenschaftliche Tagung des Instituts für soziale Bewegungen (Bochum) in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Heinrich-Kaufmann-Stiftung, Bochum, 29. bis 31. Januar 2009, AHF-Informationen, Nr. 052 v. 24.3.2009, <www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2009/052-09.pdf>. Die Tagung setzte Debatten fort, die auf der Konferenz „Konflikt und Kooperation: Das ‚Stinnes-Legien-Abkommen‘ vom November 1918 als Wendepunkt in den Beziehungen der deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber“ der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg im November 2008 geführt wurden. Tagungsbericht unter <hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2513&count=394&recno=20&sort=datum&order=down&geschichte=68>.

Forschungen zum Problembereich Rätebewegung und Revolution

Trotz des frühen Entwurfs von Rosenberg und einiger Vorläufer aus den 1950er Jahren erhielt das Untersuchungsfeld *Deutsche Revolution* erst im Kontext der in den frühen 1960er Jahren einsetzenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbrüche die Weihen eines in der Geschichtswissenschaft anerkannten Themas.¹¹ Im Zentrum der Forschung stand zunächst die Analyse der Reichweiten, Entwicklungsphasen und Zielsetzungen der revolutionären Rätebewegungen. Dadurch sollten empirisch gesicherte Aussagen zu den Möglichkeiten und Grenzen der Revolution, zu möglichen politischen Alternativen und Handlungsspielräumen der politischen Akteure gewonnen werden. Anknüpfend an Rosenberg betonten die Studien Kolbs und von Oertzens, dass die Arbeiter- und Soldatenräte in den Wintermonaten 1918/19 starke Entwicklungspotentiale zur demokratischen Konsolidierung der Weimarer Republik dargestellt hätten, die jedoch von der Revolutionsregierung aus einer hypertrophen Bolschewismusfurcht heraus nicht ausgeschöpft worden seien.¹² Sie wiesen damit die lange Zeit unangefochtene These einer drohenden Bolschewisierung Deutschlands und einer daraus abgeleiteten Zwangsläufigkeit der revolutionären *Containmentpolitik* der Sozialdemokraten zurück. Karl Dietrich Erdmann hatte in einem Forschungsaufsatz von 1955 betont, 1918/19 hätte die Alternative einer parlamentarischen Demokratie im Bündnis mit den alten Eliten oder die einer bolschewistischen Rätediktatur zur Wahl gestanden –¹³ eine apodiktisch aufgeladene Deutung, die zeitspezifischen historisch-politischen Interessenlagen insofern entgegen gekommen war, als damit im Kontext des Ost-West-Gegensatzes – gleichsam über den Nationalsozialismus „hinweg“ – Traditionslinien betont werden konnten, die direkt zum demokratischen, antikommunistischen Grundkonsens der Bundesrepublik der 1950er Jahre hinführten.¹⁴

Das neue Deutungsmuster der Revolutionsgeschichte wurde in den 1960er und 70er Jahren von einer kaum mehr zu überschauenden Vielzahl an Forschungsskizzen, Quelleneditionen und empirischen Untersuchungen, darunter viele mit lokal- und regionalgeschichtlichem Zuschnitt, vertieft.¹⁵ Unter implizitem oder explizitem Bezug zum Untergang der Weimarer Republik wurden der SPD-Führung von der Forschung verhängnisvolle „Versäumnisse“ vorgeworfen. Diese habe es verpasst, durch eine Demokratisierung von Heer

11 Für die 1950er Jahre v. a. Walter Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954.

12 Kolb: Arbeiterräte; von Oertzen.

13 Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZ 3 (1955), S. 1–19.

14 Dass diese Deutung die gemäßigte Sozialdemokratie zu rehabilitieren schien, die von der Weimarer Rechten und den Nationalsozialisten als „Novembervbrecher“ stigmatisiert worden waren, steigerte nochmal ihre Überzeugungskraft. Vgl. Rürup: Probleme, S. 5 f.; Kolb: Weimarer Republik, S. 166 f.

15 Die reichhaltigen Befunde der lokal- und regionalgeschichtlichen Studien können hier nicht einmal in Ansätzen wiedergegeben werden. Für das Ruhrgebiet v. a. Reinhard Rürup (Hg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975; Werner Abels Hauser: Umsturz, Terror, Bürgerkrieg. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet in der revolutionären Nachkriegsperiode, in: ders./Ralf Himmelmann (Hg.), Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918 bis 1923, Essen 1988, S. XI–LI.

und Bürokratie sowie eine Sozialisierung der Schwerindustrie die machtpolitischen Fundamente der alten Funktionselementen abzutragen. Die „versäumten Chancen“ wurden so zu einer vielfältig exemplifizierten Kategorie der Räte- und Revolutionsforschung – eine Tendenz, die, so möchte man aus heutiger Sicht urteilen, die Notwendigkeit einer Debatte um die zugrunde gelegten Bewertungskriterien signalisierte.¹⁶

Die politische Gestaltungskraft der Rätebewegung wird seither skeptischer beurteilt. Und Untersuchungen zur Parteiengeschichte von SPD und USPD wie auch der erste Teil von Heinrich August Winklers Gesamtdarstellung zur Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik lenkten den Blick der Forschung seit den späten 1970er Jahren auf die Handlungsfriktionen der sozialdemokratischen Führung und verwiesen auf die aus dem politischen System des Kaiserreichs erwachsenen Vorprägungen.¹⁷ Einigkeit herrscht dahingehend, dass die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Revolutionsregierung mit den Funktionselementen über das erforderliche Maß hinausging.

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Ein durch die Forschungen zu den Rätebewegungen selbst aufgeworfenes, aber erst im Ansatz befriedigtes Interesse an den Massenbewegungen der Revolutionsphase ist zugleich Ausdruck und Katalysator der nunmehr auch konzeptionell vollzogenen „sozialgeschichtlichen Wendung der Revolutionsforschung“ seit den frühen 1970er Jahren.¹⁸ Der besondere empirische Ertrag der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Beiträge liegt in der substantiellen Erweiterung des bis dahin noch äußerst eng gezogenen zeitlichen Rahmens der Untersuchungen – insbesondere in die Zeit des Ersten Weltkriegs.¹⁹

Einschlägige Untersuchungen zielten daher auf die Einbettung der Revolution in die soziopolitischen Spannungslinien und Verteilungskonflikte, die aus der Vertiefung der Klassegegensätze während des Ersten Weltkriegs erwachsen. Hier sei nur die einflussreiche Stu-

16 Die Darstellung von Kolb (Weimarer Republik, S. 174–176) setzt sich abwägend mit Kritik an den früheren Urteilen auseinander.

17 Vgl. nur Susanne Miller: *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1978; Heinrich August Winkler: *Die Sozialdemokratie und die Revolution 1918/19*, Berlin 1979; Detlef Lehnert: *Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD*, Frankfurt a. M. 1983.

18 Tenfelde: *Massenbewegungen*.

19 Dies schlug sich nicht zuletzt in einer zeitlichen Akzentverschiebung in Bezug auf den Revolutionsbegriff nieder. Seit den 1970er Jahren wurde der Begriff *Deutsche Revolution 1918/19*, der in erster Linie auf den politischen Prozess des Staatsumbaus bis zur Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung im August 1919 rekurriert hatte, im zunehmenden Maße vom Terminus *Deutsche Revolution 1918–1920* in den Hintergrund gedrängt. Gleichwohl scheint selbst der Begriff *Novemberrevolution* in der zeitgeschichtlichen Debatte über erstaunliche Beharrungskräfte zu verfügen, was auf das semantische Parallelisierungspotential zur russischen *Oktoberrevolution* verweist. Vgl. nur Ralf Hoffrogge: *Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin 2008. Hierzu allgemein: Mommsen; Kluge: *Revolution*; Tenfelde: *Massenbewegungen*, S. 13.

die von Jürgen Kocka über die „Klassengesellschaft im Krieg“ von 1973 genannt.²⁰ Kocka arbeitet heraus, dass der Revolution eine dramatische Zunahme der sozialen Ungleichheit vorausging. Die materielle Not von Arbeiterfamilien wurde verschärft durch Lohninbußen und Versorgungsengpässe bei Nahrungsmitteln – Resultat der kriegswirtschaftlichen Regulierung der Märkte. Auch die Mittelschicht wurde von sozialen Deklassierungsängsten erfasst. Am Ende des Krieges stand dann die revolutionäre Politisierung der klassen- und schichtenübergreifenden Friedensdemonstrationen.²¹

Die Erforschung der revolutionären Massenbewegungen knüpft auf vielumschlungenen Wegen an die Analyse des Zusammenhangs von Klassenstruktur, Krieg und Revolution an. Lokal- und regionalhistorische Studien sowie darauf beruhende Forschungsaufsätze thematisierten die Ursachen und Aktionsformen der Mobilisierung der zumeist großstädtischen Bevölkerungen seit der Kriegszeit.²² Sie betonen, dass die politische Revolution von sozialen Protesten vorbereitet und überformt wurde.²³ Die revolutionäre Dynamik der Bewegungen entfaltete sich – nach einer „Vorlaufzeit“ während des Krieges – in den Räteorganisationen der Revolutionszeit im engeren Sinn zwischen November 1918 und Januar 1919. Es folgten Aufstände und bürgerkriegsartige Kämpfe in den industriellen Zentren während des Frühjahrs 1919. Erst mit der Niederschlagung der „Roten Ruhrarmee“ im April/Mai 1920 hatte sich die revolutionäre Mobilisierung erschöpft. Die Studien, die die Regionalisierung der Revolutionsforschung wesentlich vorantrieben, illustrieren die Integrationsschwächen der etablierten Arbeiterorganisationen, die sich durch ihre Kriegspolitik bei einem Großteil der Arbeiterschaft nachhaltig diskreditiert hatten. Die Folge waren tief greifende Spaltungs- und Radikalisierungsprozesse, bis hin zum Aufstieg syndikalistischer Bewegungen. Diese Befunde wurden von Beiträgen der sozialhistorischen Protestforschung seit den 1980er Jahren erweitert und differenziert. Unter Berücksichtigung erfahrungs- oder auch alltagsgeschichtlicher Aspekte rückten nun verstärkt Arbeitskonflikte oder inflationsbedingte Konsumentenunruhen der Kriegs- und Revolutionszeit ins Blickfeld.²⁴

- 20 Der Studie kommt über den empirischen Ertrag hinausgehend grundlegende Bedeutung für die sozialgeschichtliche Theoriedebatte zu. Kocka prüft im Hinblick auf die deutsche Gesellschaft des Ersten Weltkriegs die Reichweiten der Marx'schen Klassentheorie, wobei das Klassenkonzept als ein „Idealtypus“ im Sinne Max Webers betrachtet wird. Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973.
- 21 Nachfolgende Studien steuerten wichtige Befunde zur Entwicklung der sozialen Ungleichheit und der sozialen Lage der Arbeiterschaft vor und während der Revolutionszeit bei. Vgl. nur Merith Niehuss: *Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910–1925*, Berlin/New York 1985; Karin Hartewig: *Das unberechenbare Jahrzehnt. Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914–1924*, München 1993.
- 22 Siehe nur Gerald D. Feldman u. a.: *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920)*, in: *PVS* 13 (1972), S. 84–105; Mommsen; Friedhelm Boll: *Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover*, Bonn 1981.
- 23 Besonders prononciert bei Mommsen.
- 24 Etwa Martin H. Geyer: *Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation. München 1920–1923*, in: *AfS* 30 (1990), S. 181–215; Robert Scholz: *Ein unruhiges Jahrzehnt. Lebensmittelunruhen, Massenstreiks und Arbeitslosenkrawalle in Berlin 1914–1923*, in: Manfred Gai-

Wichtige Bereiche der politischen Sozialgeschichte der Revolutionszeit wurden zudem durch Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte wie auch solchen zur spannungsreichen Beziehungsgeschichte von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften erschlossen. Die Gewerkschaften hatten politisch von dem Einbezug in die staatsdirigistische Kriegswirtschaft und dem Hilfsdienstgesetz von 1916 profitiert. Dieser Erfahrungshorizont präfigurierte die politischen Strategien ihrer Vorstände in der Revolution. Letztgenannte sahen sich nämlich in dem Kurs bestätigt, die materielle Lage der Arbeiter auf dem Wege der sozialpartnerschaftlichen Eindämmung von Konflikten zu verbessern.²⁵ Gerald D. Feldman hat grundlegende Einsichten zu Veränderungen der industriellen Beziehungen auf Branchenebene zwischen Weltkrieg und Anfangsjahren der Weimarer Republik vorgelegt. Im Zentrum steht die Frage nach der Bedeutung und den Gründen für die „Überforderung“ der mit dem Stinnes-Legien-Abkommen vom November 1918 etablierten „Zentralarbeitsgemeinschaft“.²⁶

Hieran anknüpfend illustrieren weitere wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen über die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1924 die Durchschlagskraft ökonomischer und finanztechnischer Problemlagen auf die politische und soziale Entwicklung während der Revolutionszeit.²⁷ Forschungspraktisch eröffneten die Arbeiten von Feldman u. a. die Perspektive für eine Sozial- und Gesellschaftsgeschichte des Jahrzehnts zwischen Kriegsaus-

lus (Hg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980), Berlin 1984, S. 79–123; Detlef Lehnert: Die Revolution als Lohnbewegung? Arbeitskämpfe und Massenaktivierung im Handlungsfeld von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Berlin 1918/19, in: Konrad/Schmidlechner, S. 27–61.

- 25 Seit den 1970er Jahren nahm der gewerkschaftsgeschichtliche Forschungsstrang, anknüpfend an ältere Arbeiten, an Fahrt auf. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Gewerkschaftspolitik wurden gängige programm- und organisationsgeschichtliche Sichtweisen relativiert. Hans-Joachim Bieber gelangt so zu einer abwägenden Bewertung der Grenzen und Leistungen gewerkschaftlicher Interessenpolitik: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920, 2 Teile, Hamburg 1981; daneben Winkler: Revolution; Michael Ruck: Gewerkschaften – Staat – Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914 bis 1933, Köln 1990; siehe darüber hinaus die einschlägigen Beiträge in Ulrich Borsdorf (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987; die entsprechenden Kapitel in: Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. M. 1987. In ungleich stärkerem Maße den Kategorien einer konventionellen Organisations- und Programmgeschichte verhaftet bleibt Heinrich Pothhoff: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979.
- 26 Vgl. nur Gerald D. Feldman/Irmgard Steinisch: Industrie und Gewerkschaften 1918–1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft, Stuttgart 1985. Zum Wandel der Tarifbeziehungen während der Revolutionszeit Rudolf Tschirbs: Tarifpolitik im Ruhrbergbau 1918–1933, Berlin 1986. Der Frage nach Entwicklungslinien, Brüchen und Veränderungen der industriellen Beziehungen über die Revolutionszeit hinausgehend, gerade auch auf betrieblicher Ebene, ist von einer Reihe von Studien nachgegangen worden. Vgl. Thomas Welskopp: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994.
- 27 Die reichhaltigen Ergebnisse der Inflationsforschung führt zusammen Gerald D. Feldman: The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924, Oxford 1993. Zum Problem der Demobilisierung v. a. Richard Bessel: Germany after the First World War, Oxford 1993.

bruch und Währungsstabilisierung.²⁸ Die Revolution erscheint hier als ein Moment einer tief greifenden sozialen, ökonomischen und politischen Transformationsphase. Sein besonderes Gepräge erhielt das Dezennium durch den Abbruch globalwirtschaftlicher Verflechtungen, die Mobilmachung und darauffolgende Demobilmachung von Millionen von Soldaten, Verteilungskonflikte zwischen sozialen Gruppen und die Geldentwertung, die in der Hyperinflation von 1923 gipfelte.²⁹

Mit zeitlicher Verzögerung richtete sich das Interesse der Forschung auf soziale Gruppen jenseits von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung. Hervorgehoben zu werden verdient die Studie von Bieber über das „Bürgertum in der Revolution 1918–1920“, die den Mythos korrigiert, die bürgerlichen Akteure seien angesichts des machtpolitischen Linksschwenks von einer Art Angststarre befallen worden. Vielmehr wird deutlich, dass im Bürgertum tief greifende Politisierungsschübe wirksam waren.³⁰ Dass die gegenrevolutionäre Mobilisierung zuweilen recht erfolgreich war, zeigen Studien zur Rolle der Kirchen oder der agrarischen Interessenverbände in der Revolution.³¹

In den Blick gerieten auch Akteure der vermeintlichen „machtpolitischen Peripherie“ der Revolution wie Frauen und Intellektuelle. Von besonderem Interesse ist die Frage, ob sich die Lage der Frauen durch die Revolution verbessert hat. Ute Frevert gelangt in ihrer „Frauen-Geschichte“ zu einer zwiespältigen Bilanz. Die Aufnahme des Gleichheitsgrundsatzes in die Weimarer Reichsverfassung und das allgemeine Frauenwahlrecht bildeten zwar wichtige Grundsteine auf dem Weg zur politisch-rechtlichen Gleichberechtigung der Geschlechter. Geschlechtsspezifische Rollenmuster blieben jedoch über den Systemwechsel hinweg erstaunlich stabil.³²

28 Eingelöst wurde dies etwa durch die Regionalstudie von Hartewig.

29 Im Ansatz hat die Forschung die Inflation gewissermaßen als zweckrationale Strategie interpretiert, mit der, zumindest zwischen 1920 und 1922, die Abfederung von Kriegslasten und die temporäre Stabilisierung der Republik gelungen sei. Carl-Ludwig Holtfrerich: Die deutsche Inflation 1914–1923, Berlin/New York 1980.

30 So eigneten sich bürgerliche Kräfte Kampfstrategien der Arbeiterschaft an, etwa in Form von Bürgerräten und Boykotten, und agitierten etwa gegen mögliche Eingriffe in die überlieferten Eigentumsverhältnisse. Hans-Joachim Bieber: Bürgertum in der Revolution 1918–20. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–20, Hamburg 1992; daneben: Michael Epkenhans: Das Bürgertum und die Revolution 1918/19, Heidelberg 1994.

31 Zu den Kirchen nur Karl Kupisch: Strömungen in der evangelischen Kirche in der Weimarer Republik, in: AfS II (1971), S. 373–416; Jochen Jacke: Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preussische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976; Heinz Hürten: Die Kirchen in der Novemberrevolution. Eine Untersuchung zur Geschichte der deutschen Revolution 1918/19, Regensburg 1984. Die Rolle der Agrarier erhellt etwa Martin Schumacher: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978. Hinsichtlich der konterrevolutionären Kräfte besteht weiterhin Forschungsbedarf. Vgl. hierzu Andreas Brundiers: Gegenrevolution in der Provinz. Die Haltung der SPD zu den Einwohnerwehren 1919/20 am Beispiel Celle, Bielefeld 1994.

32 Ute Frevert: Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt a. M. 1986, S. 163–180. Daneben bereitet Sternsdorf-Hauck auf der Grundlage weiblicher Ego-Dokumente die Formen weiblicher Teilnahme in der bayerischen Revolution sowie die damit verbundenen Erfahrungen auf. Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der

Die stärkere Berücksichtigung langfristig wirkender Strukturen und Wandlungstendenzen durch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten befruchtete vor allem die Diskussion um den historischen Stellenwert, die Grenzen und Chancen der Revolution. Im Rahmen einer dialektisch modifizierten Deutung der „Sonderweg“-Problematik wurde nun das Ausmaß an Modernität, das die deutsche Gesellschaft infolge von Industrialisierung und Nationalstaatsbildung im frühen 20. Jahrhundert erlangt habe, als fundamentales Hindernis ihrer durchgreifenden Revolutionierung interpretiert. Richard Löwenthal verwies auf die „Chaos-Resistenz“, die hochgradig differenzierten Industriegesellschaften mit ihrem Bedarf an staatlicher Dienstleistungskontinuität inhärent sei.³³ Damit ist zugleich die Frage berührt, ob überhaupt ein Austausch der gesellschaftlichen Funktionsebenen während der Revolution, zumal in der Übergangszeit zwischen Krieg und Frieden, realisierbar war. Es ist wohl eher Ursula Büttner zuzustimmen, die für „Zurückhaltung“ bei der „näheren Charakterisierung der deutschen Revolution“ plädiert. „Bezeichnungen wie ‚unvollendete‘, ‚steckengebliebene‘, ‚gebremste‘ Revolution“, so Büttner weiter, würden „auf die Norm einer Revolution in vorindustriellen Gesellschaften“ rekurrieren und den „Bedingungen in Deutschland im Jahr 1918 vielleicht nicht gerecht“ werden.³⁴

Die Beiträge zur Räte- und Revolutionsforschung wie auch die sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Studien haben in bis heute gültigem Maße die politische Geschichte der Revolution erhellt und den Ereigniskomplex in den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Kontext eingebettet.³⁵ Erste Arbeiten durchbrachen den nationalen Untersuchungshorizont zugunsten einer mitteleuropäischen Perspektive.³⁶ Forschungslücken bestehen gleichwohl, wie bereits die eingangs vorgetragenen Überlegungen deutlich machen sollten, hinsichtlich der Dimensionen Kultur, Erfahrung oder Transnationalität.

bayerischen Revolution und Räterepublik 1918/19, Frankfurt a. M. 1989. Zu den Intellektuellen in der Revolution siehe nur Kurt Töpfner: Gelehrte Politiker und politisierte Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970; Ulrich Linse: Hochschulrevolution! Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: *AfS* 14 (1974), S. 1–114.

- 33 Richard Löwenthal: Vom Ausbleiben der Revolution in der Industriegesellschaft, in: *HZ* 232 (1981), S. 22 f.
- 34 Büttner, S. 63. Vgl. zu den genannten Einschätzungen der Revolution Rürup, *Demokratische Revolution*, S. 288; Rürup: *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte*, S. 99–125.
- 35 Zeugnis darüber liefert neben Winklers Darstellung zur Arbeiterbewegung die Synthese von Ulrich Kluge aus dem Jahr 1985. Kluge: *Revolution*. Vgl. daneben den Überblick Arthur John Ryder: *The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt*, Cambridge 1967.
- 36 Francis L. Carsten: *Revolution in Mitteleuropa 1918–1919*, Köln 1973; Tibor Hajdu: *Socialist revolution in Central Europe*, in: Roy Porter/Mikulaš Teich (Hg.): *Revolution in History*, Cambridge 1986, S. 101–120.

Revolutionforschung in der Erweiterung

Aus den letzten Bemerkungen wird ersichtlich, dass der Zeitpunkt günstig scheint, das Erkenntnispotential neuerer geschichtswissenschaftlicher Fragestellungen und Zugriffe für die Erforschung der Geschichte der deutschen Revolution fruchtbar zu machen. Die Konzeption der im Folgenden zu besprechenden Tagung lud gerade hierzu ein. Sie war als multiperspektivische Gesamtschau angelegt und gliederte sich in drei Sektionen zu den Problemfeldern (1) *Revolution und Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet*, (2) *Deutungen* und (3) *Wahrnehmungen*, wobei sich letztgenannte Sektion noch einmal aufgliederte in die Themen *Spiegelungen* und *Nachhall*. Theoretisch-methodisch wurde der Themenkomplex Revolution mithin konzeptualisiert als vielschichtiges Bündel regional situierter Ereignisse, zeitgenössischer Deutungsmuster und Wahrnehmungsweisen, transnationaler Wirkungsketten und retrospektiver Zuschreibungen.³⁷

Revolution und Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

Im Mittelpunkt der ersten Sektion, die von Dirk Schuman geleitet wurde, stand die Ereignisgeschichte der Revolution im Ruhrgebiet – wenn auch nur drei der fünf Beiträge eine dezidiert regionalhistorische Perspektive einnahmen. Im Rahmen eines organisationsgeschichtlich angelegten Beitrags analysierte Willy Buschak zunächst die Konfliktkonstellationen innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes während der Revolution und machte insbesondere in der Metallarbeiterschaft des Ruhrgebiets eine große Interessenheterogenität aus. Im Anschluss problematisierte Jürgen Mittag im Rahmen einer Analyse der Sozialisierungsdebatte von 1918/19 das Spannungsverhältnis zwischen der ideengeschichtlichen Tradition des Sozialisierungsprojektes in der Arbeiterbewegung und den daran geknüpften Erwartungen der Zeitgenossen auf der einen und der pragmatischen Wirtschaftspolitik der SPD-Führung auf der anderen Seite. Der Blick auf die handelnden Akteure, vor allem auf „die“ Arbeiterschaft, unterstrich, dass der Stellenwert der Sozialisierung zu relativieren ist; habe die Sozialisierung doch bei letztgenannter eher als Chiffre für verbesserte Lohn- und Arbeitsbedingungen fungiert.

Daraufhin beschäftigte sich Jürgen Jenko mit den Konjunkturen und Organisationen des Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet zwischen 1918 und 1922. Ausgehend von Hamborner Streikaktionen im Dezember 1918 entwickelte sich der Syndikalismus rasch zu einer breiten Protestbewegung und erreichte mit den Massenstreiks vom Frühjahr 1919 und dem Ruhrkampf 1920 phasenhaft verschobene Kulminationspunkte, denen eine Phase der Aufspaltung folgte. Nadine Kruppa stellte Thesen ihrer in Planung befindlichen M.A.-Arbeit über Frauen in der Revolution vor. Nach der Schilderung weiblicher Teilhabeformen in Revolutionskämpfen widmete sie sich der Analyse des Wahlverhaltens der Geschlechter bei der Nationalversammlung und der Reaktion von Frauen auf die Demobilmachung.

37 Eingeleitet wurde die Tagung mit einem sozialwissenschaftlichen Vortrag von Walther Müller-Jentsch zum Thema „Gewerkschaften und Korporatismus in Deutschland seit der Revolution 1918–1920“; hierzu Lüpke.

Anschließend setzte sich Rudolf Tschirbs mit jüngeren Deutungen des Betriebsrätegesetzes von 1920 sowie der darauf bezogenen Gewerkschaftspolitik auseinander. Das Gesetz sei weniger als Rückschlag gegenüber den hochfliegenden Plänen der Rätebewegung anzusehen. Vielmehr könnten in den gewerkschaftlichen Strategien Tendenzen industriegesellschaftlicher Modernität erkannt werden, da das Gesetz Strukturen des dualen Systems der verrechtlichten Arbeitsbeziehungen festgeschrieben habe.

In Bezug auf Themen, Fragen und Zugänge schöpften die Beiträge mehr oder weniger aus der politik-, sozial- und wirtschaftshistorischen Revolutionsforschung der 1970er und 80er Jahre. Die anschließenden Kommentare von Knud Andresen und Diskussionsbeiträge warfen daher eine Reihe weiterführender Fragen auf. Anknüpfend an die Beiträge über die Metallarbeiter und die Sozialisierungsdebatte wurde erstens gefragt, inwieweit die Revolution als Friedensbewegung betrachtet werden könne. Zweitens waren die Formen der Verarbeitung der russischen Revolution durch die Akteure und drittens die Bedeutung des Erfahrungshintergrundes des Ersten Weltkriegs von Interesse. Im Hinblick auf die Sozialisierungsdebatte regte Andresen an, im Kontext einer mentalitätsgeschichtlichen Analyse zu prüfen, inwiefern die Sozialisierungsforderungen als utopisches Element auf die „Massen“ ausgestrahlt haben. Bezüglich des Syndikalismus könne der Blick auf Entradikalisierungsprozesse jenseits makrohistorischer Sichtweisen fruchtbare Ergebnisse zeitigen. Die Untersuchung der Rolle der Frauen in der Revolution wiederum könne von der Hinzuziehung gendertheoretischer Überlegungen oder eines mikrotheoretisch geschärften Blickes auf Betriebe mit starken weiblichen Beschäftigtenanteilen profitieren. Generell wurde deutlich, dass Studien, die die Analyse von Mikrointeraktionen, etwa in Betrieben, mit makrogeschichtlichen Zugängen verbinden, die lokal- und regionalhistorische Revolutionsforschung vorantreiben könnten. Und nicht zuletzt dokumentierte die Sektion, dass das Ruhrgebiet nicht ohne Grund als ein „Brennpunkt“ der Revolution gelten kann.

Deutungen

Mit unterschiedlicher Akzentuierung im Einzelnen widmeten sich die zweite und dritte Sektion im stärkeren Maße der Bedeutung von Erfahrungen und Deutungen, von politischen Wahrnehmungen und Verarbeitungen der Revolution. Die zweite Sektion ging unter der Leitung von Dick Geary der Frage nach, wie sich Unternehmer, Protestanten und Historiker gegenüber der Revolution positionierten.

Zunächst stellte Kim Christian Priemel gängige geschichtswissenschaftliche Annahmen über die Rolle der Unternehmerschaft in der Revolution in Frage. Allzu häufig werde das unternehmerische Handeln noch unter dem homogenisierenden Label einer „taktischen Meisterleistung“ und/oder aus der Perspektive eines „Passivitäts-Topos“ interpretiert. Priemel plädierte demgegenüber für eine multiperspektivische Herangehensweise, um die tatsächliche Vielschichtigkeit und den Wandel, die das Handeln der Unternehmer bestimmt hätten, angemessen erfassen zu können. Die Revolution habe weite Teile der Unternehmerschaft in ökonomischer Hinsicht bestenfalls geringfügig tangiert; die überwiegende Mehrheit etwa sei vom ZAG-Abkommen nicht einmal betroffen gewesen.

Die Beiträge von Günter Brakelmann zum kirchlichen Protestantismus und von Bernd Faulenbach zur Geschichtswissenschaft schlugen Verbindungen zwischen einer Analyse des Politischen und Ansätzen einer Intellektuellengeschichte. Sie betonten, welch tiefen Einschnitt die Revolution für Träger beider Wissens- und Deutungskulturen darstellte. Ein Großteil der protestantischen Theologen war im Ersten Weltkrieg durch eine breite Selbstmobilisierung für Siegfriedensszenarien und einen radikalen Kriegsnationalismus in Erscheinung getreten. Die Revolution wurde daher überwiegend als Katastrophe ungeahnten Ausmaßes aufgefasst. Für die Kriegsniederlage wurde das deutsche Volk verantwortlich gemacht, das sich von Gott abgewandt habe: Die Dolchstoßlegende wurde nicht zuletzt von den Kanzeln verbreitet.

Gleichermaßen erschütterte der Systemwechsel die hegemonialen Denkmuster der Historiker – bildete neben dem Historismus der Bismarck'sche Nationalstaat doch bis in die Zeit nach 1945 einen wichtigen theoretisch-konzeptionellen Bezugspunkt der deutschen Geschichtsschreibung. Die enge Allianz zwischen Geschichtswissenschaft und Nation kam etwa in dem Versuch zum Ausdruck, die Revolution als Produkt westlicher Ideen aus der deutschen Geschichte zu eskamotieren. Politisch habe der Mainstream der Historiker weiterhin für einen deutschnationalen Kurs eingestanden, nur eine Minderheit habe sich wie Friedrich Meinecke als Vernunftrepublikaner, freilich unter Vorbehalt, auf der Seite der jungen Demokratie eingefunden.

Die Beiträge machten deutlich, wie sehr die Revolution im Schnittpunkt divergierender zeitgenössischer Deutungen stand. Die Untersuchung von Austauschbeziehungen zwischen Politik und Sinnzusammenhängen oder intellektuellen Wissensordnungen bietet vielfältige Anknüpfungspunkte für eine kulturgeschichtlich erweiterte Revolutionsforschung. Durch den Blick auf die Trägergruppen der kulturellen Repräsentationen ist die Rückbindung an soziale Prozesse gewährleistet.

Spiegelungen

Eine Erweiterung der Perspektive auf die transnationalen und globalen Dimensionen der Revolutionsgeschichte bot der erste Teil der dritten Sektion „Wahrnehmungen“, die von Wolfgang Jäger geleitet wurde. Analysiert wurden Wahrnehmungen der Revolution durch die Arbeiterbewegungen in Frankreich und Japan.

Im Hinblick auf die französischen Sozialisten vertrat Joachim Schröder die These, dass die Politik der SPD nach dem Novemberumsturz als Katalysator der *Section française de l'Internationale Ouvrière* (SFIO) nach dem Ersten Weltkrieg fungiert habe. Da die SFIO drängende programmatische Weichenstellungen vorzunehmen hatte, sei Deutschland gewissermaßen als Laboratorium der Revolution betrachtet worden. Die anfängliche Begeisterung über die scheinbare Einheit der Arbeiterparteien sei mit der Vertiefung der Gegensätze zwischen Mehrheits- und unabhängigen Sozialdemokraten 1918/19 einer breiten Skepsis gewichen, die zur Annäherung zwischen SFIO und USPD auf internationaler Ebene beigetragen habe.

Daraufhin ging Jan P. Schmidt in seinem Vortrag der Frage nach, wie Akteure der japanischen Arbeiterbewegung die deutsche Revolution wahrgenommen haben. Eben diese habe zunächst ganz im Schatten der russischen Revolution gestanden, die allein schon der regionalen Nähe wegen von den Publizisten stärker beachtet worden sei. Vor dem Hintergrund der allmählichen Institutionalisierung der Arbeiterbewegung in Japan hätten die intellektuellen Wahrnehmungsprozesse gleichwohl zur Entstehung eines dezidiert revolutionären Potentials beigetragen. In seinem anschließenden Kommentar wies Marcel van der Linden nachdrücklich auf die Erkenntnischancen transnationaler und globaler Perspektiven in der Arbeiterbewegungs- und Revolutionsforschung hin. Die Suche nach weltumspannenden Verbindungen und Kontakten fördere etwa zutage, dass sich zwischen 1918 und 1920 eine globale Protestwelle Bahn brach. Nicht nur Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien seien von Protestbewegungen aufgerüttelt worden, sondern auch der Senegal, Südafrika und Indien. Ein derartiges Forschungsprogramm erfordere zwangsläufig den kontrastiven Vergleich wie auch die Analyse von Wechselwirkungen.

Nachhall

Der zweite Teil der Sektion „Wahrnehmungen“ befasste sich mit Aspekten der Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte. Klaus Wisotzky kontrastierte in seinem Beitrag die Biographien zweier tragender Akteure der Revolution in Essen. Dort kreuzten sich 1918/19 die Lebenswege des unabhängigen Sozialisten Fritz Baade (1893–1974), dem Vorsitzenden des Essener Arbeiter- und Soldatenrats, und des Zeitungverlegers Theodor Reismann-Grone (1863–1949), der im Kaiserreich als fanatischer Vertreter eines völkischen Nationalismus auf sich aufmerksam gemacht hatte. Ohne Berücksichtigung generationsgeschichtlicher Konzepte lieferte Wisotzky eine klare Analyse der beiden Lebenswege, die Auskünfte über etwaige erfahrungsgeschichtliche Prägwirkungen der Revolution liefern sollte. In Baades Vita markierte die Revolution den Beginn des politischen Engagements wie auch eines beeindruckenden sozialen Aufstiegs als Wissenschaftler und Politiker. Demgegenüber blieb der Lebensweg Reismann-Grones von den Revolutionserfahrungen weitgehend unberührt. Vielmehr scheinen mentale Kontinuitäten auf, deren hervorstechendste Kennzeichen der Radikalnationalismus und der Antisemitismus waren.

Im anschließenden Beitrag befasste sich Klaus Tenfelde mit der öffentlichen Erinnerung an die Revolution im Ruhrgebiet anhand von Denkmälern zum Bürgerkrieg von März/Mai 1920. Er vertrat die These, dass die Erinnerung an dramatische Ereignisse und Entwicklungen aus der nachfolgenden Zwischenkriegszeit – etwa die Ruhrbesetzung 1923, der Holocaust oder der Bombenkrieg – die Erinnerung an die Revolution weitgehend überdecke. Dort, wo sich Erinnerungsspuren finden lassen, würden diese eine tiefe Spaltung der memorialen Praxis widerspiegeln, die parallel zur Frontlinie des Bürgerkriegs verlaufe. Die Gewalterfahrungen aus dem mit aller Grausamkeit geführten Bürgerkrieg hätten es „bis heute verhindert, zu angemessenen Formen der Erinnerung an den Ruhrkampf“ zu gelangen.

Schließlich behandelte Gertrude Cepl-Kaufmann die literarische Verarbeitung des Erfahrungskomplexes Revolution. Linke Romanautoren hätten den Bürgerkrieg an der Ruhr in

den 1920er Jahren zum literarischen Sujet erhoben. Damit sei die Neuschreibung des Ruhrgebiets als literarische Landschaft realisiert als auch ein bedeutender Beitrag zur Identitätsbildung der Region erbracht worden.

Der Sektion gelang es ansatzweise die Ambivalenz herauszuarbeiten, die die Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte der Revolution im Ruhrgebiet bestimmt hat, kommen doch in den politisch überwölbten Gedenkmustern und auch in der literarischen Verarbeitung, wie Dagmar Kift in ihrem Kommentar zu Recht konstatierte, spezifische Prozesse der Inklusion und Exklusion zum Ausdruck. Sie betonte weiterhin, dass eine intensivere Einbeziehung des Erfahrungsbegriffs ertragreiche Forschungsergebnisse erwarten lasse. Vor allem die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, Kontinuitäten und Veränderungen in den mentalen Einstellungsdispositionen der historischen Akteure im Ruhrgebiet des 20. Jahrhunderts verdiene Beachtung.

Resümee

Die Tagung zeichnete sich durch eine Vielfalt der theoretisch-methodischen Zugriffe und Fragestellungen aus. Von der Analyse revolutionärer Ereignisabläufe über die Kritik gängiger Interpretationen bis hin zur eher impliziten Adaption neuerer geschichtswissenschaftlicher Ansätze reichte die Bandbreite der einzelnen Beiträge. Zu kritisieren ist, dass sich die Diskussion bisweilen auf Detailfragen kaprizierte. Man hätte sich stattdessen eine intensivere Debatte über Schwerpunktsetzungen und Begrenzungen der allgemeinen Revolutionsforschung wie auch eine stärkere methodische (Selbst-)Reflexion der Vortragenden gewünscht. Gleichwohl konnten die Ergebnisse der Tagung und die angerissenen Forschungsfragen Wege zu einer um kultur- und erfahrungsgeschichtliche und transnationale Ansätze erweiterten Revolutionsforschung aufzeigen, die freilich weiterhin der politik-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fundierung bedarf. Die zwischen den 1960er und 80er Jahren zutage geförderten Befunde sind zu bedeutsam, als dass sie unberücksichtigt bleiben dürften.

Die Tagung machte deutlich, dass das Untersuchungsfeld *Deutsche Revolution* und die empirische Symbiose von Revolutionsforschung und Arbeitergeschichte vielfältige Anknüpfungspunkte für theoretisch-methodische Aufbrüche und Grenzgänge bieten. Die Erforschung der Frage, wie die Revolution und die damit verbundenen soziokulturellen Umbrüche in den Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizont der Zeitgenossen und Nachlebenden integriert wurden, könnte beispielsweise einen Beitrag zur Erhellung des „paradoxen Grundzug(s) der Revolution“ leisten, den Andreas Wirsching jüngst betont hat.³⁸ Ein interessanter Deutungsentwurf hierzu liegt etwa mit Martin H. Geyers multidimensionaler Gesamtdarstellung „Verkehrte Welt“ über das Krisenjahrzehnt zwischen 1914 und 1923 in München vor.³⁹ Die methodische Pluralisierung der Revolutionsforschung eröffnet zudem

38 Andreas Wirsching: Die paradoxe Revolution 1918/19, in: APuZ 50–51/2008, S. 6–12, Zit. S. 12.

39 Martin H. Geyer: Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914–1924, Göttingen 1998, S. 13. Zum Deutungsmuster der Krise in der Weimarforschung Wolfgang Hardtwig: Einlei-

die Perspektive auf Untersuchungsgegenstände, die von der Tagung ausgeklammert blieben, etwa die symbolischen Formen revolutionärer Protestbewegungen oder die „Probleme massenmedialer politischer Kommunikation im Verlauf der Revolution“.⁴⁰

tung. Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, in: ders. (Hg.): Politische Kulturgeschichte in der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 7–22.

40 Boris Barth: Die Revolution 1918/19 und das Problem massenmedialer Kommunikation, in: Sven Grampp u. a. (Hg.): Revolutionsmedien – Medienrevolutionen, Konstanz 2008, S. 347–366.